

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 14

Erscheint Sonntags. Bezugspreis vierteljährlich 600.— M. ohne Postbefreiung. Nur Postbezug. Bestellung bei allen Postanstalten.

Berlin, den 1. April 1923

Verlagsschleier: Berlin G. 2, Breitenf. 5/9 IV. Fernruf: Zentrum 272. Anzeigen werden nicht aufgenommen.

39. Jahrgang

Am 1. April ist der 14. Wochenbeitrag fällig. Nach § 7 Abs. 1 des Statuts ist der Beitrag nicht nachträglich, sondern im voraus zu entrichten.

Um unsere Mitglieder vor unnötigen Verlusten zu bewahren, ersuchen wir sie, ihre Beitragsmarken des öfteren daraufhin zu prüfen, daß sie fest im Mitgliedsbuch oder der Karte haften. Wo das nicht der Fall ist, flehe man sie nach. ::: :::

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Einlieferung der Quartalsabrechnungen. Die mit der Durchführung der Kassengeschäfte betrauten Funktionäre machen wir darauf aufmerksam, daß die Abrechnung für das 1. Quartal unverzüglich fertigzustellen und nach erfolgter Prüfung durch die Revisoren sofort an die Verbandskasse einzusenden ist. Da die Beitragseinnahme nur nach der Zahl der abgegebenen Beitragsmarken berechnet wird, ist von jeder Rücknahme auf etwa noch vorhandene Restanten unter allen Umständen abzusehen.

Bei Fertigstellung der Abrechnung bitten wir, die in unserem Rundschreiben Nr. 157 gegebenen Anweisungen genau zu beachten.

Die örtlichen Bevollmächtigten müssen dafür besorgt sein, daß die Abrechnungen pünktlich und gewissenhaft ausgeführt und innerhalb 14 Tage nach Ablauf des Quartals abgedandt werden. Die Revisoren sind verpflichtet, die Abrechnung und die vorgelegten Belege peinlich gewissenhaft zu prüfen und insbesondere sich auch davon zu überzeugen, ob die am Tage der Revision vorhanden sein sollenenden Bestände an Geld und Wertzeichen auch tatsächlich vorhanden sind.

2. Mit der Einlieferung der Abrechnung für das längst abgeschlossene 4. Quartal 1922 sind trotz unserer wiederholt erfolgten dringenden Mahnung die Verwaltungen der Zahlstellen in Hanau, Kaiserslautern, Mainz, Mannheim-Ludwigshafen, Gehrten und Weiskens immer noch im Rückstande. Wir sehen uns daher leider gezwungen, vom 1. April ab gegen diese Zahlstellen die im Handbuch auf Seite 95 vorgesehenen Maßnahmen in Anwendung zu bringen.

3. Die Lokalbeiträge sind in den nachstehend aufgeführten Zahlstellen neu geregelt und in der neuen Höhe von uns genehmigt. Die zur Erhebung kommenden Beiträge werden von den Zahlstellenverwaltungen den Mitgliedern in geeigneter Weise bekanntgegeben:

Annaberg-Buchholz, Erfurt, Gera, Ilmenau, Kaufbeuren, Cudenwalde, Ludwigsburg, Schmöln, Wiesdorf, Zittau.

4. Karten zur Arbeitslosenstatistik sind den Zahlstellen im Laufe der Woche zugesandt worden. Stichtag für die Arbeitslosenzählungen ist der 31. März; für die Feststellung der Kurzarbeiter die Woche vom 25. bis 31. März. Wir bitten erneut darum, die Karten pünktlich bis zum 3. April einzusenden, um unnötige Reklamationen und Portoausgaben zu vermeiden. Der Verbandsvorstand.

Die Lohnverhandlungen für die Etuis- und Kartonnagenindustrie gescheitert.

Die am 23. März in Weimar stattgefundenen Lohnverhandlungen sind gescheitert.

Die Parteien sind sich darüber einig, daß das Reichsarbeitsministerium um einen Schiedspruch in der Lohnangelegenheit gebeten werden soll.

In der Zwischenzeit soll der Wirtschaftsfrieden von beiden Seiten gewahrt bleiben.

Bis zur Bekanntgabe des Schiedspruches oder bis zur weiteren Benachrichtigung durch die Verbandsvorstände sind die bisherigen Löhne weiter zu zahlen.

Weimar, den 24. März 1923.

Arbeitgeberverband der Etuis- und Kartonnagen-Industrie.

(gez.) Wth. Schneider.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands.

(gez.) Hauelsen.

Das „Api“-Lohnabkommen verlängert.

Die Api-Lohnverhandlungen am 26. März 1923 sind insofern resultatlos verlaufen, als die auf eine Erhöhung der Löhne usw. abzielenden Anträge von den Unternehmern als völlig aussichtslos nach verhältnismäßig kurzen Verhandlungen abgelehnt wurden. Verebart wurde folgendes

Abkommen:

1. Der Vertrag vom 5. März wird bis zum 11. April verlängert.

2. Er läuft jeweils eine Woche weiter, wenn er nicht eine Woche vor Ablauf, d. h. erstmals bis zum 4. April, gekündigt wird.

3. Vorstehende Abmachung gilt auch für die Briefumschlag- und Papierausstattungsindustrie.

Weimar, den 26. März 1923.

Api, Fachgruppe Briefumschlag- und Papierausstattungsindustrie

gez. Eduard Labus gez. Dr. Feldgen

Api, Fachgruppe Geschäftsbücher, usw. Fabrikation

gez. Karl Kah gez. Dr. Feldgen

Reichsverband der Buchbindereien

gez. Dr. Rießer gez. Dr. Roers

Deutscher Buchdruckerverein E. V.

gez. Berthold Sturm

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands

gez. Hauelsen

Graphischer Zentralverband

gez. Hornbach.

Lohn- oder Preisabbau?

Kaum hat das krankhafte Steigen des Dollars seinen Höhepunkt überschritten und kaum ist ein kleiner Stillstand und ganz vereinzelt auch ein Rückgang in dem rasenden Tempo der Preisbewegung eingetreten, wiewohl letzterer keine auch noch so glänzige Lohnbewegung zu folgen vermochte, da sind auch schon allerlei gewissenlose und dienstbefähigste Geister des Kapitals dabei, der Öffentlichkeit weiszumachen, daß nunmehr auch einem Lohnabbau nähergetreten werden müsse. Und die bürgerliche Presse, die selbst

von der Arbeiterschaft leider noch vielfach unterstützt wird, schämt sich nicht, ihre Spalten dieser strupellosen Propaganda in weitgehendstem Maße zur Verfügung zu stellen. Solchen Blättern müßte die Arbeiterschaft den wohlverdienten Fußtritt geben; denn jeder weiß es nur zu gut an seinem eigenen Einkommen, daß der Lohnabbau durch die rapide Geldentwertung bereits in sehr erheblichem Maße eingetreten ist und der Preisabbau erst in erheblichem Maße eintreten muß, ehe wir mit unseren Löhnen auch nur auf dem gleichen Stand wie etwa vor einem Jahre sind. Bereits in Nr. 7 haben wir in dem Artikel über unser Lohnmanko auf die große Differenz zwischen dem amtlichen Existenzminimum und den „Api“- bzw. „Abdel“-Löhnen hingewiesen. Und wir können auch jetzt wieder nach den verschiedensten Richtungen Untersuchungen bzw. Vergleiche über Preise und Löhne anstellen, überall zeigt sich dieselbe gähnende Kluft zwischen beiden. Die allgemeine Preissteigerung ist selbst bis in die letzten Tage vorwärts geschritten, sie zeigt jetzt ihre volle Auswirkung des früheren übermäßig hohen Dollarkurses. So waren nach den Feststellungen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin von 35 notwendigen Lebensmitteln am 1. bzw. 24. Januar nur 1—2 Lebensmittel über dem Dollarkurs, dagegen am 14. Februar 9 und am 28. Februar 7; am 7. März standen sogar 13 von den 35 Lebensmitteln über dem Dollarkurs, und nach der letzten Feststellung am 14. März, nach dem angegeblichen Preisrückgang noch 10. Nach den gleichen Feststellungen standen weiter von 8 Brenn- und Beleuchtungsmaterialien mit Ausnahme der Elektrizität, die für die Arbeiterschaft nur selten in Frage kommt, alle 7 hoch über dem Dollarkurs. Auch unter 25 Lebensmitteln der Berliner Konsumgenossenschaft standen am 7. und 14. März 9 über dem Dollarkurs.

Eine weitere Zusammenstellung des Statistischen Reichsamtes über Lebensmittelpreise im Januar und Februar zeigt uns, daß Weizen, Weizenmehl, Hafer, Haferflocken, Spießbohnen, Reis, Schweinefleisch und ausländischer Speck bei allen Preisnotierungen über dem Dollarkurs standen; zum Teil, wie bei dem Speck, sogar bis zu 80 Proz. darüber.

Ebenso zeigen uns die Großhandelspreise des „Berliner Tageblatts“ mit aller Deutlichkeit, daß in den nächsten Wochen mit einem merklichen Preisrückgang noch nicht zu rechnen ist, und wie weit die Löhne noch hinter den Preisen zurückstehen. So wurden nach diesen Preisnotierungen für 19 Artikel der Landwirtschaft und Fischerei am 6. März das 397fache und am 13. März das 364fache der Friedenspreise bezahlt. Und für 14 Importartikel standen die Preise an den gleichen Tagen auf dem 662- bzw. 625fachen der Vorkriegszeit. Der Gesamtindex dieser Preisnotierungen für 117 Artikel war am 6. März 667, am 13. März 636, während der Dollar an diesen Tagen auf dem 538- bzw. 496fachen des Friedenskurses stand. Also auch hier standen die Preise im Gesamtdurchschnitt etwa ¼ über dem Dollarkurs. Da aber die Großhandelspreise erst jetzt sich in ihren Auswirkungen bei den Kleinhandelspreisen zeigen, so geht auch hieraus hervor, daß die Teuerung im allgemeinen in nächster Zeit noch anhalten wird.

Im Verhältnis zu dieser rapiden Preisentwicklung sind natürlich alle Löhne immer mehr zurückgefallen. Wenn wir hier einen Vergleich unserer „Api“- und „Abdel“-Löhne mit der amtlichen Reichsteuerungszahl anstellen, die wir durch die schenden Ausgaben für Steuern und sonstige „Kleinigkeiten“ ergänzen müssen, dann finden wir, daß die „Api“-

Löhne im Januar 1922 noch 80 Proz. des Existenzminimums ausmachen, dagegen im Februar dieses Jahres nur noch 51 Proz. Und bei den „Abdel“-Löhnen sind sie im gleichen Zeitraum von 74 Proz. auf 48 Proz. gesunken, sie standen also im Februar unter der Hälfte des Existenzminimums. Im einzelnen war das Verhältnis der Löhne zum letzteren wie folgt:

	Abdel-Löhne II. Erstklasse	Abdel-Löhne II. Erstklasse
Januar 1922	80 Proz.	74 Proz.
April 1922	76 "	60 "
Dezember 1922	62 "	56 "
Januar 1923	56 "	53 "
Februar 1923	51 "	48 "

des Existenzminimums.

Wir haben also alle Macht anzuwenden, um diese starke Senkung der RealLöhne wieder wettzumachen. Daher ist es nichts weiter als überflüssiges Gerede, wenn man jetzt davon redet, daß keine Lohnzulagen mehr erfolgen dürfen oder gar ein Abbau der NominalLöhne erfolgen müsse.

Recht - Macht - Gewalt.

I.

Eine der eigenartigsten und zugleich erfreulichsten Erscheinungen in der Menschheitsgeschichte ist der Aufstieg der veredelten, ausgebeuteten, entrechteten und zurückgesetzten Unterschichten auf eine immer höhere Stufe der Entwicklung. Dieser Aufstieg, der sich unter dem hartnäckigsten Widerstande der Besitzenden und bevorrechteten Klassen vollzogen hat, stellt sich dar als ein Kampf ums Recht. Die Unterschichten empfanden ihre menschenunwürdige Lage als ein himmelschreiendes Unrecht, das beseitigt werden müsse, und sie waren unablässig bemüht, durch jedes Mittel dieses Unrecht aus der Welt zu schaffen. Wenn man einen Proletarier fragt, was er mit seinem Kampfe erstrebt, so antwortet er: „Ich will mein Recht haben“, ich will mir das erringen, was mir von Rechts wegen zukommt!“ In dem einen Wort „Recht“ wird alles das zusammengefaßt, was in der Seele des Proletariats aller Völker und Zeiten lebt.

Wie jeder Kenner der Verhältnisse weiß, schwebt ein Recht solange in der Luft, wie es nicht in dem festen Fundament der Macht verankert ist. Ein bestehendes Recht beruht auf der Macht und bleibt solange bestehen, wie es von der Macht gestützt wird; es bricht in sich zusammen, wenn ihm der Boden der Macht unter den Füßen weggezogen wird. Ein neues, ein werdendes Recht setzt sich durch, wenn es zu einer Macht wird, die stärker ist als die Macht, auf der das frühere Recht beruhte, wenn es die innere und äußere Kraft besitzt, das alte Recht aus den Angeln zu heben. So hat sich der Uebergang von einem alten zu einem neuen Recht von jeher vollzogen. Die Kuhnleher eines bestehenden Rechts stützen sich auf ihre wirtschaftliche, politische, geistige und organisatorische Macht, der die Unterdrückten und Entrechteten außer ihrer Zahl und der Kraft ihrer Fäuste nichts entgegenstellen hatten. Alle Vorstöße gegen das bestehende Recht, das von den Entrechteten als Unrecht bezeichnet wird, waren erfolglos und mußten naturgemäß erfolglos bleiben, weil die Machtverhältnisse ja ungleich waren. Das war früher der Fall und das ist dies auch heute noch der Fall, wie wir dies auf manchen Gebieten des öffentlichen Lebens deutlich zu beobachten vermögen.

Jebeim, wenn ein neues Recht das alte Recht niederzuliegen sucht, entwickelt sich das, was wir mit dem Namen „Relativität des Rechts“ bezeichnen. Recht und Unrecht stehen nicht absolut fest, sie sind relative Begriffe, die sich ändern, je nach dem Maßstab, den man anlegt, je nach dem Standpunkt, den man einnimmt. Was der eine als Recht ansieht, weil er seine Vorteile daraus zieht, das erklärt der andere, der davon ausgeschlossen ist oder darunter leidet, für ein Unrecht; was der eine mit Hörnern und Klauen zu verteidigen sucht, das sucht der andere mit allen Mitteln über den Haufen zu rennen. Während der Vorkämpfer des alten Rechts: des Herrenrechts der Sklavenhalter im Altertum, des Feudalrechts der Grundherren im Mittelalter, des Ausbeutungsrechts der Kapitalisten in der Gegenwart, die bestehende Rechtsordnung eine göttliche, natürliche, durch die Jahrhunderte geheiligte nennen, deren Befolgung den Zusammenbruch der Gesellschaft, ja der

Welt nach sich ziehen werde, sprechen die Vorkämpfer des neuen Rechts von einem teuflischen Unrecht, dessen schnellste Beseitigung der Menschheit Rettung und Gelfundung zu bringen anstande sei.

Diese Relativität des Rechts ist die Quelle fortwährender Streitigkeiten über das, was nun eigentlich Recht oder was Unrecht sei, doch haben diese Streitigkeiten zunächst nur theoretisches Interesse. Erst wenn der ernsthafte Kampf ums Recht in das Stadium der Praxis tritt, wenn die Gegensätze unmittelbar aufeinanderprallen, wird die Frage nach den Mitteln brennend, die angewandt werden müssen, um das alte, zum Unrecht gewordene Recht durch ein neues, höheres Recht zu verdrängen. Hier stoßen wir auf einen wichtigen Punkt, auf die Verwechslung von Macht und Gewalt, die in zahlreichen Köpfen spukt und so ungeheuer großes Unheil angerichtet hat. Weil in den Entrechteten der starke Wille vorhanden ist, dem neuen Recht zum Siege zu verhelfen, streben sie nach der Eringung der Macht, als der Vorbedingung dieses Sieges. Nun standen ihnen nach Lage der Sache in den allermeisten Fällen lediglich gewalttätige Mittel zur Verfügung. Sie waren körperlich verelendet und geistig rückständig, sie waren unorganisiert, unorganisiert und diszipliniert, sie waren nichts als eine bunt zusammengewürfelte Masse, die nur eine geringe Stoßkraft besaß gegenüber der durch Besitz, Bildung und Uebertiefenung zusammengeschlossenen Oberschicht. Die Folge davon war, daß alle proletarischen Klassenkämpfe trotz der Begeisterung und Opferfreudigkeit ihrer Teilnehmer von verhältnismäßig geringem Erfolg geblieben sind. Die Massen waren nicht in Stande, Gewalt in Macht zu verwandeln, weshalb ihre Gewalt an der Macht der herrschenden und bestehenden Klasse notwenigerweise zersplittern mußte. Die Beispiele aus der Sozialgeschichte sind zahlreich, die diese traurige, aber wahre Tatsache beweisen. Im altindischen Weltreich haben wir die fortwährenden Sklavenaufstände und die vielen Erhebungen der Proletarierkassen — es fiel nur an Spartacus erinnert —, die aus dem Willen entsprangen, das Joch der Knechtschaft abzuwerfen, im Mittelalter wird uns erzählt von den Bauernkriegen und den Reherbewegungen, in der Uebergangszeit zum modernen Kapitalismus von den Gewalttätigkeiten verelendeter, zur Verzweiflung getriebener Proletariatsmassen, die Fabriken angezündet, Maschinen und Anlagen zerstört, Vorräte vernichtet und Unternehmer niedergeschossen haben. Alle diese Gewalttätigkeiten haben ihren Zweck verfehlt, wie auch alle Krawalle und Putsch der neuesten Gegenwart zwecklos geworden sind.

Warum wird unsere Buchbinder-Zeitung weiter eingeschränkt?

Den unaufhörlichen Papierpreissteigerungen müssen auch wir ein weiteres Opfer bringen. Die Bekanntmachung des Verbandsvorstandes in Nr. 12 wies bereits darauf hin. Die Ursachen liegen in der gewaltigen Steigerung der Papier- und Druckpreise. Die Zellstoffpreise für März sind um 16 bis 18 Proz. gestiegen, obwohl die Zellstofffabrikanten erklärten, die Preise der zweiten Februarhälfte beizubehalten. Diese Steigerung ist eine Folge des zufälligen Dollarkurses an bestimmten Stichtagen. Es wäre für das gesamte Papierfach von großem Nutzen, wenn die Zellstofffabrikanten diesmal von ihrer Berechnungsweise abgewichen wären und es bei den Februarpreisen belassen hätten. Der Fall des Dollars ermöglicht ihnen ja billigere Holzläufe im Ausland, die für das Steigen einheimischer Untkosten Entschädigung bieten dürften.

Die Erhöhung der Papierpreise war die unmittelbare Folge der Zellstoffpreiserhöhung. Der Inlandspreis ist dadurch unter Verläßlichkeit der Markt-Steigerung dem Weltmarktpreis um so viel vorausgeeilt, daß Ausfuhr diesach nur unter dem Inlandspreis möglich wäre. Das Inland aber schränkt bei den hohen Papierpreisen den Verbrauch ein. Folge: Auftragsmangel bei den Papierfabriken.

Die Druckereien haben die Druckpreise um 25 Proz. in die Höhe gesetzt. Auch diese scharfe Preispolitik erscheint unter den gegenwärtigen Verhältnissen fragwürdig, da mancher Buchdruckereibedarf

aus ausländischen Rohstoffen infolge der Marktbesserung billiger oder wenigstens nicht um 25 Proz. teurer geworden ist. Mäßigere Erhöhung der Druckpreise hätte den Druckereien, die fast durchweg unter Arbeitsmangel leiden, mehr Beschäftigung zugeführt. Beispielsweise könnten dann die Zeitungen und Zeitschriften, die ihre Preise den Papier- und Druckpreisen anpassen müssen, in erhöhter Auflage und mit größerem Umfang erscheinen, während jetzt die hohen Preise manche Bezahler und Anzeigenden abschrecken. Und das trifft nicht nur auf das Druckgewerbe, sondern auf die ganze Papier- und Buchindustrie zu.

Entscheidungen des Tarifamtes für das deutsche Buchbinder-gewerbe.

Berlin, 1. März 1923.

Streitfall 17. Die Arbeitnehmer der Zahlstelle Bielefeld fordern Weiterzahlung der bisher üblichen Sonderzulage. Arbeitgeberseitig ist diese Weiterzahlung bereits seit dem 1. Januar 1923 eingeführt unter Berufung darauf, daß auch im Buchdruckgewerbe diese Sonderzulage abgebaut sei.

Entscheidung: Die auf Grund der Zulage vom November 1921 gezahlten Sonderzulagen sind bis zu einer gegenseitigen Entschließung der zentralen Verbände fortzuführen.

Streitfall 18. Der Papierdurchschneider S., beschäftigt in der Druckereibteilung der Firma E. in Leipzig, fordert Bezahlung nach dem „Api“-Tarif und nicht wie gegenwärtig nach dem Buchdruckereihilfsarbeiter-Tarif.

Entscheidung: Diejenigen Arbeiter, die in Buchdruckereien überwiegend mit dem Durchschneiden von Papier zwecks Verwendung für den Druck beschäftigt werden, sind nach § 24 als Buchbindergehilfen zu entlohnen.

Im vorliegenden Falle: Den Parteien wird aufgegeben, falls sie über Art und Umfang der Arbeit des S. sich nicht einigen können, zunächst das zuständige Schiedsgericht anzurufen.

Streitfall 19. Die Arbeitnehmer der Firma B. in Hamburg fordern Aufhebung eines Schiedsgerichtsentscheidendes. Das Schiedsgericht hatte entschieden, daß das Ansmier- und Einhängen bei kleinen Broschürenheften als Frauennarbeit zu betrachten sei.

Entscheidung: Das Sachtarifamt in Leipzig soll unter Uebersendung der Vorgänge sich gutachtlich äußern, ob es in den Buchbinderabteilungen der Buchdruckereien üblich ist, daß die hier in Frage kommende Teilarbeit als Männenarbeit oder Gehilfenarbeit entlohnt wird. (Nach Eingang des Gutachtens wird ein neuer Termin anberaumt.)

Streitfall 20. Die Geschäftsleitung des „Api“ fordert Aufhebung eines Schiedsgerichtsurteils von Elberfeld, das eine der dortigen Firmen verurteilt hatte, volle Feiertagsentschädigung zu gewähren, trotzdem in der in Frage kommenden Woche zwei Tage nicht gearbeitet wurde, die allerdings nicht Feiertage gewesen sind.

Entscheidung: Unter Zurückweisung der Berufung des „Api“ wird die Entscheidung des Schiedsgerichts zu Elberfeld vom 6. Januar 1923 mit der Maßgabe aufrechterhalten, daß für auf einen Feiertag fallende Feiertage stets der gleiche Lohn zu zahlen ist, wie wenn an diesem Tage gearbeitet worden wäre.

Streitfall 21. Die Firma R. in Leipzig fordert Aufhebung eines dortigen Schiedsgerichtsurteils. Das Schiedsgericht hatte dahin entschieden, daß beim Zusammentragen für das Aufheben von Bogen, die aus einem anderen werden müßten, nach 30 Meter Entfernung geholt werden müßten, nach Pol. 542, Absatz 3, ein Zuschlag von 5 Proz. zu zahlen sei und daß die Zulagenträgerinnen, wenn sie einmal auf längere Zeit nicht beschäftigt werden können, mit anderen Arbeiten zu beschäftigen sind oder ihnen die fragliche Zeit zu bezahlen sei und daß Weiterarbeiten aus der Abteilung 74, die von Arbeiterinnen ausgeführt werden, von Gehilfen gefertigt werden müßten.

Entscheidung: Auf die Berufung der Firma R. gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts Leipzig vom 6. Januar 1923 wird die Sache an das Tarifschiedsgericht Leipzig zurückverwiesen mit der Maßgabe, daß die Sache unter Teilnahme eines oder mehrerer Vertreter von Deutschen Buchdruckerverein neu bis zum 15. März zu verhandeln ist. (Diese Entscheidung wurde gefällt wegen eines Formfehlers.)

Entscheidungen des Sachtarifamtes Leipzig.

Das Sachtarifamt stellt fest, daß die im Tarif genannten Preise für das Handanschnieren mit dem Pinzel gelten. Wo also regelmäßig mit dem Pinzel angechniert wird, gilt der Tarifpreis. Wo aber regelmäßig mit der Maschine angechniert wird und das Anschnieren mit dem Pinzel nur eine vorübergehende Ausnahme bildet, ist ein Zuschlag berechtigt und betriebsweise zu vereinbaren.

Auf Grund dieser Ausführung wird das Urteil des Tarifschiedsgerichtes vom 23. März 1922 bestätigt. (20 Proz. Zuschlag.)

gez. R. H e s c h e.

gez. A. R u m m e l.

In der Angelegenheit der Firma H. in Stuttgart wegen Zusammenhängen von Halbkleindecken auf der Deckenmachmaschine und Lieberziehen durch die Deckenmacher entscheidet das Sachtarifamt, daß es gestattet ist, maschinelle Einrichtungen im Betriebe auszunutzen, nachdem bei der letzten Tarifrevision die Preise für Lieberziehen mit Rücksicht auf diese Möglichkeit richtiggestellt worden sind.

gez. R. H e s c h e.

gez. A. R u m m e l.

Das Sachtarifamt entscheidet einstimmig, daß im vorliegenden Falle, in dem ein Bild in der Mitte und ein zweites Bild hinten gefestigt ist, der in Pos. 345 vorgesehene Zuschlag zweimal gezahlt werden muß. (Betrifft Pos. 344—345 und 417—418.)

Bekanntlich trifft das Tarifamt folgende grundsätzliche Entscheidung:

Die Pos. 344—345 und 417—418 sind dahin zu verstehen, daß für jede der vorgesehenen Schwierigkeiten der betreffende Zuschlag zu zahlen ist.

gez. R. H e s c h e.

gez. A. R u m m e l.

Notleidende Aktionäre.

Die Papierfabrik Sebnitz schüttet für das Geschäftsjahr 1922 nicht weniger als 375 Proz. Dividende aus. Diese Tatsache war in der Tagespresse zum Anlaß genommen worden, gegen diese Riesengewinne der Papierfabriken entscheidende Stellung zu nehmen. Das ist diesen Schwerverdienern natürlich unangenehm, und so erscheinen sie in der Arena und schildern ihre — Notlage trotz der 375 Proz. Wie sie das machen, zeigt sich so: In der „Papier-Zeitung“ wird von „unbeteiligter Seite“ folgendes geschrieben:

„Aus leicht erkennbaren Gründen macht ein Teil der Tagespresse viel Aufhebens von dem kürzlich veröffentlichten Abschluß der Papierfabrik Sebnitz. Die Gesellschaft, die im Jahre 1920 ihr Goldkapital auf 4,8 Millionen verdoppelt hat, schüttete für das Geschäftsjahr 1922 nach größeren Abschreibungen eine Dividende von 375 Proz. aus. Die Dividenden in den vorangegangenen Jahren betragen 10, 15, 13, 15, 20 und 1921 25 Proz. An Dividenden wurden danach gezahlt im Jahre 1916 230 000 Goldmark, im Jahre 1922 17,25 Millionen Papiermark = 3203 Goldmark bei einem Dollarstande von 22 000. Das bedeutet eine Verzinsung des Goldkapitals mit weniger als 1/4 Proz., während die anfänglich der Kapitalerhöhung eingezahlten 2,53 Millionen überhaupt nicht verzinst werden. Der ungeheure Niebergang der deutschen Wirtschaft wird durch diesen „Reford“-Abschluß trefflich für jeden beleuchtet, der sich nicht durch Papiermarkzahlen täuschen läßt. Man sollte meinen, daß

diese Erkenntnis auch keiner gut geleiteten Tageszeitung verborgen bleibt. Aber weit gefehlt! Der Bild wird dadurch getrübt, daß sich die Möglichkeit zu bieten scheint, dem Erzfeind der Presse, den Papierfabriken, zu Weibe gehen zu können. Von einer „phänomenalen Gewinnentwicklung“ trotz voller Verdrückung der Geldentwertung, wie sie z. B. die „Frankfurter Zeitung“ (26. 2. Nr. 151) als gegeben ansieht, kann wirklich nicht die Rede sein. Das Gegenteil ist richtig. Man könnte über eine derartige Behandlung wirtschaftlicher Fragen hinweggehen, wenn sie lediglich ein Versuch wäre, den Vertragsgegner zu Preisnachlässen zu bewegen. Es handelt sich hier aber um mehr. Solche Alarmnachrichten über die Prosperität der deutschen Industrie müssen unsere Feinde in ihrem Vorgehen noch unbezweifelbaren Reparationen bestärken. Wenn vielleicht auch die feindlichen Regierungen genau wissen, daß erst 5500 Papiermark einer einzigen Goldmark entsprechen, so wird sie das doch nicht hindern, mit diesen falschen, aber von deutschen Zeitungen selbst bezugten Nachrichten auf die Stimmung ihrer weniger urteilsfähigen Mitbürger und Wähler einzuwirken. Und es ist ein großer Unterschied, ob man ganze Völker oder nur ihre Regierungen zum Gegner hat. Das hätte die Tagespresse bedenken müssen.“

Dieses Umgeben eines Riesengewinnes in eine lächerlich kleine Goldmarkziffer macht natürlich schnell Schule. Zurzeit werden die Geschäftsergebnisse der einzelnen industriellen Unternehmungen fast durchgängig in Goldmark angegeben und damit der Anschein erweckt, daß unsere Aktienbesitzer die notleidendsten Menschen sind. So berichtet z. B. auch die „Feindmühle Papier- und Zellstoffwerke bei Stettin“, daß sie nur 16 1/2 Goldpfennige Dividende erzielt habe. In Wirklichkeit beträgt der Ueberfluß 263,8 Millionen Mk. Vorher ist einem neuen Werterhaltungskonto ein Betrag von etwa 119 Millionen Mark zugeführt worden. Aus dem Ueberfluß soll eine Dividende von 16 1/2 Goldpfennigen (errechnet nach dem Dollarkurs der Berliner Börse vom 13. März 1923) = 3000 Mk. pro Stammaktie, also 300 Proz. in Papier zur Ausschüttung gelangen. Bei einem Vergleich der Ziffern der Gewinn- und Verlustrechnung einschließlich des neu errichteten Werterhaltungskontos muß man sagen, daß der diesjährige Gewinn die gegenüber dem Vorjahre eingetretene Geldentwertung bei weitem übersteigt. Wie die Verwaltung im Geschäftsbericht mitteilt, wurde ein Teil der Druckpapierfabrik auf die Erzeugung anderer Papiere umgestellt, weil, ganz abgesehen von den Unannehmlichkeiten bei der Preisfestsetzung für Druckpapiere, die Preise im Verhältnis zu den Selbstkosten oft unzureichend waren.“

Die Papierfabrik Krappitz hat von ihrem Reingewinn 30 Millionen Mark für einen Brandschaden vom Juli abgezweigt, der den Betrieb etwa vier Wochen unterbrach. Es sei jedoch gelungen, den Wiederaufbau so rasch durchzuführen, daß trotz der fortschreitenden Geldentwertung ein weiterer Schaden nicht entstand. Nach Abschreibungen und Rücklagen verbleiben 3,7 Millionen Mark Reingewinn, von denen u. a. 50 Proz. auf das Aktienkapital von 6 Millionen Mark verteilt werden.

Die Freiburger Papierfabrik zu Weissenborn schüttet aus 27,13 Millionen Mark Reingewinn 100 Proz. Dividende vor.

Bei der München-Dachauer Papierfabrik

ergibt sich ein Jahresgewinn von 43,19 Millionen Mark, woraus 30 Proz. Dividende bezahlt und außerdem 22,5 Millionen Mark auf Werterhaltungskonto zurückgestellt werden sollen.

Die Dresdener Chromo- und Kunstbruderpapierfabrik Krause u. Baumann schlägt der Generalversammlung 200 Proz. Dividende vor.

Die Sächsischen Cartonnagen-Maschinen-Kt.-Ges. will aus dem Ueberfluß von 19 272 837 Mk. 150 Proz. Dividende auf die Stammaktien und 42 Proz. auf die Vorzugsaktien verteilen. Im Rechenschaftsbericht teilt die Verwaltung mit: Zurzeit sind wir noch auf Monate hinaus voll beschäftigt.

Die Baugner Papierfabriken beschließen, aus 46,61 Millionen Mark Reingewinn eine Dividende von 150 Proz. auf die Stammaktien in Vorschlag zu bringen. Der Reserve werden 10 Millionen Mark überwiesen.

Die Quintessenz von alledem: den Aktionären Riesengewinne, den Arbeitern aber Lohnabbau!

Die Lohnverhandlungen im Buchdruck.

Zu Beginn der am 23. März in Berlin stattgefundenen Verhandlungen der Tarifkommission beantragten die Gehilfen: Eine Erhöhung des gegenwärtigen Lohnes um 25 Proz. für alle Gehilfen. Die Zahlung einer Sonderzulage von wöchentlich 25 000 Mark für alle Gehilfen im Kreise II, die in den innerhalb der Zollgrenzen liegenden Gebieten beschäftigt sind. Die Zahlung einer Sonderzulage für die besetzten Gebiete in den Kreisen III und IV (einschließlich Mannheim und Ludwigshafen) sowie für Frankfurt a. M., Offenbach und Hamburg in Höhe von 10 Proz.

Demgegenüber hatte der Deutsche Buchdruckerverein einen Abbau der gegenwärtigen Löhne um 10 Proz. beantragt. Da in der Tarifkommission über diese Anträge eine Einigung nicht erzielt werden konnte, trat das im Tarifvertrag vorgesehene Zentralschlichtungsamt zur Abgabe eines Schiedspruches zusammen. In später Abendstunden verkündete der Vorsitzende des Zentralschlichtungsamtes folgenden Schiedspruch:

In der — trotz inzwischen für viele Bedarfsartikel eingetretenen Preisermäßigung — immer noch schwer auf der Bevölkerung lastenden Notlage sind nicht so wesentliche Veränderungen eingetreten, daß eine Abänderung der Schiedsprüche vom 2. und 3. März geboten wäre. — Der in den Schiedsprüchen vom 2. und 3. März festgelegte Lohnstarif nebst Zusatzvereinbarungen der vertragstretenden Organisationen hat demgemäß weiterhin Gültigkeit, und zwar bis zum 6. April d. J. einschließlich und verlängert sich selbstständig um je eine Woche, wenn nicht von einer Partei mit fünfzigtägiger Frist vor Ablauf der Zusammentritt der Tarifkommission beantragt wird. Die in dem Schiedspruch vom 3. März für den Kreis II festgelegte wöchentliche Zulage unterliegt der Auf- und Abstaffelung nach dem Mantelstarif.

Eine endgültige Stellung der Tarifparteien liegt bei Redaktionsschluß dieser Nummer noch nicht vor.

Die Bibel, ihre Geschichte und Verbreitung.

III. (Schluß.)

Der jährliche Umsatz der Bibelverbreitung beträgt im Durchschnitt bei der britischen und ausländischen Bibelgesellschaft 4 Millionen, bei der amerikanischen 1 1/2 Millionen und bei den übrigen Gesellschaften je 1 Million, zusammen 7 1/2 Millionen. Die von der Bibelgesellschaft des Herzogtums Sachsen-Altenburg veröffentlichte Rechnung für 1879 konstatiert, daß zu dieser Zeit schon 700 Millionen Menschen, also mehr als die Hälfte der Bevölkerung der Erde, die Bibel in ihrer Muttersprache lesen können, und 130 Millionen Exemplare der heiligen Schrift sind zu dieser Zeit schon ausgegeben worden, während es am Ende des 17. Jahrhunderts (1800) nur 5 Millionen Bibeln gab.

Durch die Mäherhaltung der Bibelgesellschaften liegt gegenwärtig die Bibel in 108 Sprachen, einzelne Teile in gegen 400 Sprachen vor. Teils ur-sprünglich, teils überfetzt ist die Bibel in etwa 27 000 Ausgaben gedruckt worden, über die das Britische Museum 1893 einen Katalog angefertigt hat. Die Bibel erfreut sich bei den gläubigen Engländern doch immer noch eines größeren Ansehens als bei uns. Das zeigte sich recht deutlich bei der Ausgabe der revidierten Uebersetzung des Neuen Testaments am

17. Mai 1881. Bis zu jenem Tage erreichten die Bestellungen in der Hauptniederlage zu Oxford bereits 1 Million, und seit der Zeit stiegen die Bestellungen in wenigen Monaten auf 2 Millionen. In New York wurden über 300 000 Exemplare verkauft; wie damals mitgeteilt wurde, ließ sich eine Chicagoer Zeitung einige Kapitel telegraphieren und der „New York Herald“ druckte das ganze Neue Testament ab — Dinge, die bei uns kaum vorkommen können. In London begann die Ausgabe mit den ersten Minuten des 17. Mai und dauerte bis spät in die Morgenstunden des 18., und während dieser Zeit war die Paternoster Street von den Handkarren der verschiedenen Geschäfte und von einer geringen Menschenmenge förmlich blockiert. In den Straßen der City sah es an dem Tage der Publikation ganz merkwürdig aus, ein einziger Buchhändler verkaufte 15 000 Exemplare, und eine solche Prozession erster Cityaufsteute, die gerade in den geschäftigsten Stunden des Tages in ihren Neuen Testamenten lesend langsam durch die Straßen zogen, ist in London noch niemals gesehen worden. Noch zu erwähnen ist, daß die englische Traktaten-Gesellschaft, welche sich ausschließlich mit der Verbreitung pietistischer Flugblätter und ähnlichen Schriften befaßt, bis heute 2 Millionen Mark für Druck, ebensoviel für Papier und 500 000 Mk. für Illustration und zirka 1 Million für Buchbinderlöhne ausgegeben hat.

Trotz dieser riesenhaften Verbreitung der Bibel

und massenhaft verbreiteten pietistischen Schriften ist die Christenheit und noch weniger die Menschheit der Erde von deren Inhalt nur wenig beeinflusst worden. Der Hauptgrund ist darin zu suchen, daß die Kirche und noch mehr die bekehrte Christenheit nicht nach den in der Bibel niedergelegten Grundföhen handeln. Wie z. B. die prächtige und schöne Bibelstelle: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst.“ Wo ist dieser schöne Spruch bis heute in der Tat verwirklicht worden? Eine große Reihe mitunter rhetorisch prächtiger Bibelstellen ließe sich anführen, worin die Propheten im Alten und Jesus im Neuen Testament sich sehr gering-schätzig gegen die Neuchristenheitsfrömmigkeit erklären und nachdrücklich einschärfen, die Hauptsache sei: Liebe Gewalt und Ungerechtigkeit meiden, keinen武者 treiben, die Armen nicht bedrängen, Gutes tun, den Unterdrückten helfen, den Bedürftigen Brot, Kleidung, Obdach verschaffen, das Recht der Weisen und Witwen achten und ihnen dazu verhelfen, wo es vergewaltigt werden soll, überhaupt Gerechtigkeit, Güte und Barmherzigkeit üben. Das sind die wahren Grundföhe der Bibel — aber wie werden sie befolgt? Die Kirche hat ihre Mission verfehlt. Während des furchtbaren Weltkrieges 1914/18 haben die Stellvertreter Gottes und Diener der Kirche nicht Frieden, nicht Nächstenliebe, nicht Toleranz und den Welt- und Versöhnungsfrieden von den Kanzeln gepredigt. Und nicht nur bei uns, auch in allen feindlichen Staaten der ganzen Welt wurde von den Kanzeln Hab, Ver-

Von der Wirtschaftskrise.

Im dritten Monat nach Belegung des Ruhrgebietes und am Ende des zweiten nach Beginn der Marktlageaktion kann man feststellen, daß sich die deutsche Wirtschaft in weitem Maße auf die veränderten Existenzbedingungen eingestellt hat. Die furchtbare Amputation, die man mit der Abschneidung des Ruhrgebietes vom übrigen Deutschland an unserem Wirtschaftskörper vornahm, ist in ihren Wirkungen dem deutschen Volke längst nicht in der Weise spürbar geworden, wie es pessimisten anfänglich annahmen. Aber man wird nicht verkennen dürfen, daß jeder Tag, den die Belegung der Ruhr andauert, die Schwierigkeiten vergrößert und daß vor allem die kleine Erleichterung, die für einige Teile des Warenmarktes durch den Sturz des Dollars eingetreten ist, über manche Krankheits Symptome der Wirtschaft hinwegtäuscht. Die Kohlenversorgung ist relativ gut. Das hängt nicht nur damit zusammen, daß man im letzten Augenblick aus dem Ruhrgebiet herausgeschafft hat, was man nur noch Deutschland bringen konnte, sondern auch damit, daß die gesamte Industrie seit der Ueberführung der Weltmarktpreise bei vielen Fabrikaten mit einer gewissen Einschränkung rechnen muß, die bereits in einer fühlbaren Zunahme der Arbeitslosigkeit sichtbar wird. Wenn die Aussicht auf einen geringeren Beschäftigungsgrad, der es ermöglicht, mit den vorhandenen Beständen an Waren zu wirtschaften, ohne neue Einkäufe zu unterstützen, von der Notwendigkeit einer intensiveren Wirtschaftstätigkeit abgelöst werden wird, weiß niemand. Wohl ist anzunehmen, daß die Stabilisierungskräfte, die auf der Leipzig- und auf der Westauer Weltausstellung in ihren ersten Ausstrahlungen erkennbar wurde, nicht so leicht überwunden werden wird. Immerhin ist die Tatsache, daß wir dem Sommer entgegengehen und daß früher aus Angst vor der fallenden Marktlage übermäßige Warenbestände angehäuft worden sind, auch nicht von ewiger Wirkung, und deshalb dürfen die Bemühungen nicht nachlassen, die auf eine Sicherstellung der Abwehrmöglichkeit durch die wirtschaftliche und finanzielle Politik für lange Zeit abzielen.

Eines der dunkelsten Kapitel ist die Steuerpolitik. Die Bürgerlichen sträuben sich gegen eine stärkere Heranziehung des Besitzes. Gewaltige Steuerquellen sind, wenigstens für eine gewisse Zeit, am Verliegen. Man denke nur an die Körperschaftsteuer, deren Ertrag durch die Belegung der Ruhr und Produktionsrückgang wesentlich zurückgehen muß. Nicht anders steht es um die beiden anderen Kapitaler des steuerlichen Haushalts, die Umsatz- und die Lohnsteuer. Bisher wurden die Erträge aus der Umsatzsteuer gesteigert durch die heftigste Nachfrage am Warenmarkt. Neuerdings aber hat die Geschäftstätigkeit wesentlich nachgelassen und damit müssen auch die Erträge aus der Umsatzsteuer im Verhältnis zur gesamten Geldentwertung geringer werden. Und mit der Lohnsteuer ist es nicht anders. Wenn schon im Januar jeder achte Arbeiter auf Kurzarbeit angewiesen war und infolgedessen nicht einmal in den Genuß seines Tariflohnes gelangte, so müssen auch die Erträge aus dieser Steuerquelle zusammenschrumpfen. Ein Augenbildesbild von erschütternder Wirkung gibt der Ausweis der deutschen Reichsfinanzen über die letzte Woche des Februar. 729 Milliarden Mark wurden verausgabt, 70 Milliarden, also noch nicht 10 Proz. durch Steuern eingenommen. Selbst wenn man zugibt, daß durch die

achtung und Vernichtung der Feinde gepredigt. Die Furien des Krieges rafen auch heute noch über die Erde. Soll die Menschheit christlicher, menschlicher und gestiefter werden, so werden die Missionen der Bibelgesellschaften noch etliche Millionen Bibeln verbreiten müssen.

Sicher ist die Bibel gerade durch die Bibelgesellschaften ein wirksames Mittel zur Ausbreitung allgemeiner menschlicher und christlicher Bildung geworden, des Nutzens für die linguistischen (sprachwissenschaftlichen) Kenntnisse und Studien, der aus diesen Bemühungen hervorgeht, nicht zu gedenken. Jedoch, wie stellt sich heute die hohe Diplomatie zu den christlichen Grundfragen der Bibel? Nimmt ihre hohe Politik nicht das Gegenteil von dem, was man Christentum nennt? In welcher teuflischer Wollust wählen die Diplomaten der Siegerstaaten in den gesagtenen Wunden ihrer Feinde? Entsprechen ihre politischen Maßregeln auch nur annähernd dem, was man Christentum nennt? Werden diese hohen Diplomaten der Ententestaaten bei ihren Maßnahmen gegen ihre Feinde auch die Hand auf die Bibel legen wie Dr. Martin Luther? Wenn sie Christen sein wollen, müßten sie die Bibel zur Richtschnur ihrer Veröhnungspolitik zur Hand nehmen. Da werden die noch unbekehrten Heiden sagen: „Wir sind doch noch bessere Menschen!“

Carl Grimm, Hamburg.

Zusgaben zur Unterstützung des Abwehrkampfes das Defizit des Reiches hier besonders groß in Erscheinung tritt, ist das Verhältnis doch so groß, daß man sich über die Gleichgültigkeit, mit der das Steuerproblem angefaßt wird, wundern muß. Hier muß durchgegriffen werden.

Betriebsräteaufklärung durch Arbeitgeberverbände.

In den Mitteilungen (Nr. 56 vom Februar 1923) des Deutschen Industrieschutzverbandes, der nach seinen eigenen Angaben 13 000 Einzelmitglieder und 300 angegliederte Verbände umfaßt, also eine ziemlich bedeutende Zahl, befindet sich ein Aufruf: „An unsere Mitglieder!“ Wir geben aus diesem Aufruf nachstehende Absätze wörtlich wieder:

Aus all dem umfangreichen Material, das sich über die Tätigkeit der Betriebsräte seit den nunmehr 3 Jahren ihres Bestehens angeammelt hat, ergibt sich als stärkster Eindruck die Erkenntnis, daß die Betriebsvertretungen ihre Hauptaufgabe darü erklären, andauernd die schärfste Kampfstellung gegen die Arbeitgeber einzunehmen.

Die einseitige Einstellung der Betriebsvertretungen lediglich auf Geltendmachung weitestgehender gewerkschaftlicher Interessen und teilweise ganz verlegener Arbeitnehmerwünsche, die völlige Nichtbeachtung der Wirtschaftlichkeit des Betriebes und der Mangel des Verständnisses für seine Existenzbedingungen sind einerseits der Ausdruck eines krankhaft gesteigerten Machtbünkels, der mit dem Fortfallen seiner letzten Nährquellen wieder verschwinden wird, und andererseits bedingt durch die Unkenntnis der Grundlagen und Zusammenhänge der Volkswirtschaft.

Der Hebel zur Besserung der jetzigen, auf die Dauer unerraglichen Verhältnisse muß also hier angefaßt und es müssen die bestehenden Kenntnisse durch leicht verständliche, dem Begriffsreichtum des Nichtvorgelbten angepaßte und nicht zu umfangreiche Aufklärungsschriften verbreitet werden.

Die von uns vor längerem gegründete Gesellschaft zur Verbreitung volkswirtschaftlicher Kenntnisse verteilt solche Flugblätter unter der Arbeiterkassette im allgemeinen. Aus den eingangs dargelegten Gründen ist die Auffklärung aber insbesondere der Betriebsratsmitglieder vor allem nötig. Deshalb beabsichtigen wir, auffällendes Schriftmaterial und Flugblätter, in denen die wichtigsten Wirtschaftsfragen behandelt werden, jezt hauptsächlich an die Betriebsratsmitglieder aussenden zu lassen. Wir bitten Sie, uns dabei durch Ausgabe der Namen und Adressen der Mitglieder Ihres Betriebsrates günstig unterstützen zu wollen.

Hieraus ist ersichtlich, daß es sich die Arbeitgeber außerordentlich angelegen sein lassen und daß sie keine Mühe und Kosten scheuen, die Betriebsräte in ihrem Sinne zu beeinflussen. Die Auffassung der Arbeitgeber, daß die Betriebsräte geschaffen worden sind, um ausschließlich Arbeitgeberinteressen zu vertreten, ist so absurd, daß hierauf näher nicht einzugehen ist. Die freien Gewerkschaften haben vielmehr stets für eine Erweiterung der Rechte der Arbeitnehmer gekämpft und auch die Betriebsräte stellen in dieser Entwicklung eine Etappe dar. Sie sollen in erster Linie Arbeitnehmer- und allgemeine Volksinteressen vertreten, trotz dem bis zu einem gewissen Grade entgegenstehenden formellen Wortlaut des Betriebsrätegesetzes.

Allerdings sind sich auch die Gewerkschaften darüber klar, daß mit großen Nebenarten oder Parolen die Aufgaben aus dem Betriebsrätegesetz, die das ganze Gebiet des Arbeitsrechts, der Volkswirtschaft, der Privatwirtschaft, des Handelsrechts usw. umfassen, nicht gelöst und die Interessen der Allgemeinheit nicht gewahrt werden können, deshalb haben es sich die Gewerkschaften auch angelegen sein lassen, trotz der gegenwärtigen schwierigen Verhältnisse und der dadurch entstehenden ungeheuren Kosten, der Schulung der Betriebsräte und der Gewerkschaftsmitglieder, die denkbar größte Aufmerksamkeit zu widmen.

Eine Anzahl von Gewerkschaften haben volkswirtschaftliche Abteilungen eingerichtet und geben besonders zur Schulung der Betriebsräte volkswirtschaftliche Merkblätter heraus. Fast in allen Orten Deutschlands werden Kurse zur Schulung der Betriebsräte und der Gewerkschaftsmitglieder abgehalten. Es bedarf also nicht der Hilfe der Arbeitgeber. Die notwendige Aufklärungsarbeit wird von den Gewerkschaften immer noch allein geleistet werden können. Aber wir benutzen jede Gelegenheit, nimmere auch an die Betriebsräte und die Gewerkschaftsmitglieder den dringenden Appell zu richten, sich nicht durch Redensarten und Parolen

blenden zu lassen, sondern sich sachlich in ihre schwierigen Aufgabengebiete einzuarbeiten. Dazu ist es notwendig, die Gewerkschaften zu stärken, damit diese die Mittel für die Schulung ihrer Mitglieder stets aufzubringen in der Lage sind, und dazu ist weiter dringend nötig, daß die Betriebsräte und Gewerkschaftsmitglieder dann auch resillos die geschaffenen Einrichtungen benutzen.

Wissen ist Macht.

Gewerkschaftliche Betriebsrätezentrale des ADGB. und des IFA-Bundes.

Sterbetafel.

Im März sind und folgende Mitglieder als gestorben gemeldet worden:

- Hagerstein. Marie Schmidt, Papierwarenarbeiterin, 33 Jahre, erkrankt.
- Gustav Fahl, Buchbinder, 27 Jahre, Kriegsverletzung.
- Barmen-Elberfeld. Fritz Rappold, Buchbinder, 17 Jahre, Lungenschwindsucht.
- Berlin. Holsa Stempfle, Buchbinder, 28 Jahre, Tuberkulose.
- Margarete Poppe, Kartonnagenarbeiterin, 28 Jahre, Wintergrippe.
- Elisabeth Kiele, Buchbinderarbeiten, 18 Jahre, Lungenseiden.
- Otto Währ, Buchbinder, 43 Jahre, Lungenseiden.
- Frieda Langwald, Kartonnagenarbeiterin, 17 Jahre, Wintergrippe.
- Ida Radau, Kartonnagenarbeiterin, 38 Jahre, Lungenseiden.
- Elsa Schachtel, Buchbinderarbeiten, 19 Jahre, Lungenschwindsucht.
- Elsa Sauermann, Buchbinderarbeiten, 28 Jahre, Lungenseiden.
- Gertrud Krüger, Buchbinderarbeiten, 26 Jahre, Lungenseiden.
- Robert Wegner, Buchbinder, 55 Jahre, Magenkrebs.
- Brigg. Pauline Köhner, Buchbinderarbeiten, 22 Jahre, Selbstmord.
- Theresia Stephan, Buchbinderarbeiten, 24 Jahre, Entzündung.
- Gertrud Jernitzig, Buchbinderarbeiten, 21 Jahre, Schwindsucht.
- Trossen. August Fischer, Kartonnagenarbeiterin, 60 Jahre, Krebs.
- Flora Köhler, Kartonnagenarbeiterin, 19 Jahre, Lungenseiden.
- Anna Kreuze, Papierwarenarbeiterin, 29 Jahre, Lungenseiden.
- Erna Meyer, Buchbinderarbeiten, 21 Jahre, Wintergrippe.
- Essenberg. Emma Bräunlich, Einzelarbeiterin, 73 Jahre, Altersschwäche.
- Gehren. Elise Graf, Papierwarenarbeiterin, 24 Jahre, Grippe und Lungenschwindsucht.
- Haberstadt. Hermann Fritsch, Buchbinder, 40 Jahre, Lungenschwindsucht.
- Hamburg. Johann Schärer, Buchbinder, 50 Jahre, Tuberkulose.
- Hannau. Anna Fell, Einzelarbeiterin, 23 Jahre, Jümeses Leiden.
- Elfe Mohr, Einzelarbeiterin, 21 Jahre, Unfall.
- Hannover. Helmut Grube, Packer, 26 Jahre, Lungenseiden.
- Otto Sandmann, Hilfsarbeiter, 43 Jahre, Tuberkulose.
- Marie Grundmann, Buchbinderarbeiten, 30 Jahre, Lungenseiden.
- Karlsruhe. Marie Feinler, Papierwarenarbeiterin, 20 Jahre, Lungenseiden.
- Leipzig. Otto Queinzius, Buchbinder, 40 Jahre, Herzleiden.
- Otto Frau, Kartonnagenarbeiter, 39 Jahre, Lungenseiden.
- Alfred Stephan, Buchbinder, 64 Jahre, Magenkrebs.
- Friedrich Krebs, Buchbinder, 55 Jahre, Grippe.
- Albert Taubert, Buchbinder, 48 Jahre, Lungenseiden.
- Kurt Seybold, Buchbinder, 26 Jahre, Lungenseiden.
- Frieda Orfisch, Kartonnagenarbeiterin, 19 Jahre, Lungenseiden.
- Frieda Wils, Lugsapapierarbeiten, 22 Jahre, Lungenseiden.
- Magdeburg. Elise Thiele, Buchbinderarbeiten, 41 Jahre, Lungenseiden.
- Mechau. Max Böner, Papierwarenarbeiter, 43 Jahre, Leberleiden.
- Striegau. Alfred Konrad, Einzelarbeiter, 20 Jahre, Gehirngrippe.
- Stuttgart. Wilhelm Hermann, Buchbinder, 63 Jahre, Herzleiden.
- Josef Gläse, Buchbinder, 60 Jahre, Wasserfucht.

Allen ein ehrendes Andenken!